Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

280 (29.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 280 — Dienstag, den 29. November 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Besprechungen über die Lösung der Regierungskrise, die General von Schleicher auch am Montag führte, werden am Dienstag weitergeführt.

*

Bei den Verhandlungen in Berlin standen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund, am Mittwoch soll die Entscheidung des Reichspräsidenten fallen.

*

In einer Unterredung mit einem englischen Korrespondenten erklärte Adolf Hitler, das neue Präsidialkabinett werde in vier Monaten gestürzt.

*

Die Wahlen in Belgien brachten nur unbedeutende Veränderungen; im ehemals deutschen Gebiet erreichten die deutschen Listen noch zwei Drittel der abgegebenen Stimmen.

*

In London und in Paris wird eifrig über die Kriegsschulden mit amerikanischen Vertretern verhandelt.

*

Der deutsche evangelische Kirchenausschuß befaßte sich am Montag auf seiner Wintersitzung in Berlin erneut mit den Fragen der Reichsreform und der Stellungnahme der Kirche.

*

Zur Behandlung des Mandschurei-Konflikts wird die außerordentliche Völkerbundsversammlung am 6. Dezember und der Sonderausschuß am 1. Dezember zusammentreten.

*

Pariser politische Kreise bringen der Anwesenheit Norman Davis, der als Amerikas Vertreter versuchen will, eine Einigung in der Flottenfrage herbeizuführen, reges Interesse entgegen.

*

In Berlin hat sich am Montag nachmittag wieder der seit einiger Zeit zu hörende kommunistische Geheimsender bemerkbar gemacht.

*

Der Kreuzer „Karlsruhe" ist in Vigo (Nordspanien) eingelaufen und wird am 3. Dezember nach Kiel in See gehen.

*

In Dresden hat sich eine vierköpfige Familie mit Gas vergiftet.

*

Der schwere Sturm, der am Sonntag und Montag über England wehte, hat vier Todesopfer gefordert.

*

Infolge der schweren Stürme im Kaspischen Meer werden mehrere Fischereidampfer mit 44 Mann Besatzung vermißt.

*

Der Polizei ist es gelungen, die fünf Kommunisten, die am 28. Oktober große Mengen kommunistischer Zersetzungsschriften über die Mauern der Jüterboger Reichswehrkaserne geworfen hatten, zu verhaften.

Koalitionsbesprechungen in Preußen

Berlin, 28. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ meldet sind nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen um die Bildung einer Mehrheitsregierung im Reich die Besprechungen zur **Schaffung einer neuen preußischen Staatsregierung** wieder aufgenommen worden. Da im preußischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammensetzung dieses Parlaments eine Mehrheit bereits aus **Nationalsozialisten und Zentrum** gebildet werden kann, würde eine Verständigung zwischen diesen beiden Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die Befugnisse zuständen, die übrigen Staatsminister zu ernennen. Es hat über die Möglichkeit einer baldigen **Wahl des Ministerpräsidenten** eine mehrstündige Unterhaltung zwischen dem Landtagspräsidenten Kerrl als Vertreter der NSDAP. und dem Führer der preußischen Zentrumsfraktion, Abgeordneter Lauscher, sowie dem Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Dr. Graß, stattgefunden. Diese Verhandlungen dürften fortgesetzt werden, ohne daß man bereits jetzt absehen könnte, ob sie so rasch zum Abschluß gelangen, daß der Landtag beim Wiederzusammentritt am 13. Dezember den neuen Ministerpräsidenten wählen könnte. Vorläufig ist es auch noch verfrüht, über Personenfragen sowie darüber zu sprechen, ob und welche Konsequenzen sich für die Institution des Reichskommissars in Preußen aus der etwaigen Neuwahl eines Ministerpräsidenten ergäbe.

Papen oder Schleicher?

Die amtlichen Stellen schweigen sich über die Verhandlungen zur Lösung der Regierungskrise aus. Was dennoch darüber geschrieben wird, beruht auf Kombinationen und ungenügenden Informationen. Zweifellos ist man jetzt am vierten Versuch der Kabinettsbildung, nachdem von Papen, Adolf Hitler und Prälat Kaas aus bekannten Gründen eine Absage gegeben haben. Dieser vierte Versuch ist zweifellos in den Besprechungen beim Reichspräsidenten am Samstag, zu denen vor allem der geschäftsführende Reichskanzler und der Reichswehrminister zugezogen wurden, dem Reichswehrminister General von Schleicher übertragen worden. Er erklärte sich bereit, eine Fühlungnahme mit den Parteien aufzunehmen, um sie für das künftige Präsidialkabinett zu gewinnen oder zu verhindern, daß sich im Reichstag alsbald eine Mehrheit gegen die Regierung zusammenfindet. Am Sonntag verhandelte General von Schleicher als Schildhalter für die Wiederkehr eines von dem Reichskanzler von Papen geführten Kabinetts. Die Besprechungen wurden auch am Montag fortgesetzt. Zunächst ist General von Schleicher mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, dann mit den Nationalsozialisten und den Sozialdemokraten in Fühlung getreten, ohne allerdings bisher schon ein greifbares Ergebnis verzeichnen zu können. Daß die Stimmung ihm gegenüber als Verhandlungsführer wesentlich milder ist als Papen gegenüber, steht fest. Ob es ihm aber gelingt, für den Reichskanzler von Papen diese parlamentarische Möglichkeit zu schaffen, ist noch immer zweifelhaft, denn um parlamentarische Möglichkeiten handelt es sich insofern, als man **durch eine Selbstvertagung des Reichstages über größere politische Schwierigkeiten wegzukommen hofft.** Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei scheinen die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu wollen. Die Nationalsozialisten zeigen noch immer die kalte Schulter. Bei den Sozialdemokraten laufen verschiedene Strömungen gegeneinander, wobei man noch nicht erkennen kann, ob die radikalere oder die mehr auf Duldung gerichtete Richtung die Oberhand gewinnen wird.

Ob eine Beauftragung Schleichers selbst als Kanzler in Frage kommt, oder ob er nun eine Regierung zusammenstellt und dann wieder in das Reichswehrministerium zurückkehrt, ist noch ungeklärt, damit auch die eigentliche Kanzlerfrage. Herr von Papen soll dem Reichspräsidenten gegenüber schwere Bedenken gegen seine Wiederbetrauung geltend gemacht haben. Eine Tolerierung des neuen Kabinetts muß entweder Nationalsozialisten oder Sozialdemokraten dafür gewinnen. Nach der Absage der Nationalsozialisten scheint nun auch der Versuch mit den Sozialdemokraten zu mißlingen, obwohl der Gedanke eines „politischen Waffenstillstandes" für den kommenden Winter von den Parteien nicht so ganz ungünstig aufgenommen wird.

Aus den folgenden Pressestimmen geht hervor, daß die Klärung bis Montagabend noch nicht erreicht worden ist.

In der Hauptsache werden die **Aussichten eines „Kabinetts Schleicher"** erörtert.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** schreibt unter der Ueberschrift „Die Stunde des Generals", an die Spitze gehört diejenige Persönlichkeit, mit der sich zu verständigen für die gesamtnationale Bewegung verhältnismäßig am leichtesten ist. Wir sehen für den in Betracht kommenden Politiker gar keine moralische Möglichkeit, sich einem Rufe zu entziehen, weil keine andere Wahl mehr bleibt. Herr von Papen selbst dürfte ihn vorgeschlagen haben und es ist keineswegs paradox, zu behaupten, daß seine Berufung nicht etwa einem vorzeitigen Einsatz der Armee bedeuten würde, sondern umgekehrt: einem Schritt, um den wirklichen Einsatz der Armee im Bürgerkrieg, wie es notwendig ist, überhaupt zu verhindern.

Der **„Lokalanzeiger"** spricht von den Bemühungen um einen „innerpolitischen Nichtangriffspakt" und meint, sollte der „Nichtangriffspakt" nicht zustande kommen, dann würde der Reichspräsident sofort Maßnahmen zur Sicherung des Kabinetts gegen einen Vorstoß des Reichstags treffen müssen. In politischen Kreisen hoffe man, daß die drohenden Maßnahmen einen Druck im Sinne des Waffenstillstandes ausüben.

Die **„Börsenzeitung"** ist im Gegensatz zu den Aeußerungen über einen politischen Waffenstillstand der Auffassung, daß es dem Minister von Schleicher offenbar keineswegs darauf ankomme, im Reichstag eine Mehrheit zu erhalten, die sich etwa auf einen bis Januar oder März nächsten Jahres befristeten parlamentarischen Waffenstillstand verpflichtet, sondern es sei dem Minister wohl in erster Linie darum zu tun, mit den Kräften der nationalen Bewegung zu einer Vereinbarung zu kommen, die den neuen, eventuell unter seiner (Schleichers) Führung stehenden Präsidialkabinett einen stärkeren Rückhalt im Volke sichern würde.

Der **„Vossischen Zeitung"** zufolge soll sich der Reichspräsident sehr verstimmt über die Schwierigkeiten gezeigt haben, die er bei der Neubildung der Regierung findet. Das Blatt sagt weiter: Wie immer auch die neue Regierung heißen werde, ihre Aufgabe werde scharf und eng umgrenzt sein: Erreichung eines politischen Moratoriums und die Konzentration aller Kräfte auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die auch diesen Winter beherrschen werden.

*

Weiterführung der Besprechungen

Bemühung um außerparlamentarische Volkskräfte — Wirtschaftliche Fragen im Vordergrund — Klärung bis Mittwoch

Berlin, 28. Nov. General von Schleicher hat seine Fühlungnahme mit einer Reihe von Persönlichkeiten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens heute fortgesetzt und diese Besprechungen werden auch am Dienstag weitergehen. In politischen Kreisen wird die überaus sachliche Darstellung viel beachtet, die die Freien Gewerkschaften von dem Empfang ihrer Vertreter Leipart und Eggert geben. Ob die Besprechung auch mit den Christlichen Gewerkschaften schon stattgefunden hat, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, da der Vertreter dieses Gewerkschaftskreises, Bernhard Otte, nicht in Berlin zu sein scheint. Dagegen hat General von Schleicher auch schon mit führenden Kreisen der Arbeitgeber Fühlung genommen. Vielleicht lassen sich die Besprechungen so erklären, daß es sich immer mehr als unmöglich herausstellt, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, die eine neue Reichsregierung durch tätige Mitarbeit unterstützen oder zum mindesten tolerieren würde. Dann würde es notwendig sein, die Basis des kommenden Präsidialkabinetts durch eine engere Verbindung auch mit anderen als nur parlamentarischen Kräften zu verstärken. Es geht sich immer mehr die Auffassung durch, daß es in den nächsten schweren Monaten vor allem darauf ankommt, alle Anstrengungen auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu konzentrieren, und so dürften auch in den Besprechungen des Generals von Schleicher noch der förmlichen Seite hin die wirtschaftlichen Fragen die Hauptrolle spielen.

Am Montag abend hatte der Reichswehrminister auch noch eine sehr lange Aussprache mit dem Prälaten Kaas. Im Laufe des Dienstags wird auch eine Besprechung mit zwei führenden Persönlichkeiten der NSDAP. stattfinden. Erst dann wird der Reichswehrminister einen abschließenden Ueberblick über die Situation haben. Es ist in Aussicht genommen, daß darauf eine neue Konferenz beim Reichspräsidenten gleich der vom letzten Samstag folgt. Sie wird wahrscheinlich noch nicht am Dienstag, sondern wohl erst am Mittwoch möglich sein. Von ihr wird die Entscheidung des Reichspräsidenten abhängen, sodaß also Mitte der Woche über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers Klarheit zu erwarten ist. Bisher haben die Besprechungen des Reichswehrministers sich offiziell noch auf der Basis eines neuen Kabinetts Papen bewegt. Die Aussichten für die praktische Verwirklichung dieses Gedankens haben sich aber, auch nach der Stimmung in den Kreisen der Wirtschaft, zumindest nicht gebessert, und so steht nach Auffassung gut unterrichteter politischer Kreise als wahrscheinlichste Lösung auch heute abend ein Kabinett Schleicher im Vordergrund. Man kann wohl annehmen, daß auch dieser letzte Ausweg in den augenblicklichen Besprechungen bereits erörtert wird. Uebrigens haben auch Staatssekretär Meißner und Reichskanzler von Papen in den letzten Tagen Unterhaltungen mit einer Reihe von Persönlichkeiten gehabt, die außerhalb des parlamentarischen Betriebes stehen. Dadurch wird der Eindruck verstärkt, daß die hauptsächlichste Bedeutung schon bei den Besprechungen liegt, die der Heranziehung außerparlamentarischer tragender Volkskräfte zur Untermauerung der Regierungsplattform dienen.

Die Verhandlungen am Montag

Fortsetzung der Besprechungen des Generals von Schleicher

Berlin, 28. Nov. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Entscheidung über die innerpolitische Lage d. h. also in erster Linie über die Persönlichkeit des kommenden Kanzlers, allerfrühestens am Dienstag zu erwarten ist. General von Schleicher verhandelt immer noch auf der Basis eines neuen Kabinetts von Papen. Auch jetzt kommen nur noch die beiden Möglichkeiten von Papen oder von Schleicher in Frage. Etwas Sicheres läßt sich aber erst nach dem Abschluß der Schleicherschen Besprechungen sagen.

Der **„Vorwärts"** zitiert die Meldung, daß die Sozialdemokraten nicht daran denken, irgend ein Rechtskabinett oder eine bürgerliche Regierung zu tolerieren. Das Blatt fügt dem hinzu: Diese Meldung gibt die Sachlage durchaus richtig wieder. Inzwischen hat Montag um 12 Uhr eine **Unterredung zwischen Leipart und Schleicher**, um 12.30 Uhr eine Unterredung zwischen **Breitscheid und Schleicher** stattgefunden.

*

Besprechungen des Reichswehrministers mit Vertretern des ADGB.

Berlin, 28. Nov. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilt, hat Reichswehrminister von **Schleicher Vertreter des Vorstands des ADGB.** zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Leipart und Eggert teilnahmen, wurden **die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen** erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die **Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Ar-**

beiten bezeichnet und außerdem erneut die **Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September** gefordert; sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt.

*

Der Hansabund appelliert an Hindenburg

Hamburg, 28. Nov. Das Präsidium des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem der Hansabund die dringende Bitte ausspricht, die deutsche Wirtschaft durch **Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms von Münster** frei von allen handelspolitischen Störungen zu sichern. Das deutsche Schicksal sei davon abhängig, daß durch die Freimachung der produktiven Kräfte der Privatwirtschaft die sozialen und staatspolitischen Notstände schnell überwunden werden.

*

Bringt der Dienstag die Entscheidung?

T.U. **Berlin,** 28. Nov. Der Montag hat immer noch nicht die Neubildung der Reichsregierung gebracht. In politischen Kreisen verstärkt sich jedoch nunmehr der Eindruck, daß die Entscheidung näher gerückt ist. Man nimmt an, daß der Dienstag eine entscheidende Klärung bringen wird. Im Vordergrund der Erörterungen stehen nach wie vor sowohl ein Kabinett von Papen wie ein Kabinett von Schleicher. Eine Entscheidung, wer von diesen Persönlichkeiten mit der Neubildung der Reichsregierung betraut wird, dürfte daher auch am Dienstag fallen, wenn die Besprechungen der genannten beiden Persönlichkeiten bis dahin zum Abschluß gelangt sind. Wie verlautet, dürfte am Dienstag eine erneute Fühlungnahme zwischen von Schleicher und Führern der N.S.D.A.P. stattfinden, von der es abhängen wird, ob von Schleicher die Neubildung der Reichsregierung übernimmt.

*

Die Verhandlungen Schleichers

Wie wird sein Kabinett aussehen?

T.U. **Berlin,** 28. Nov. Nach dem Ergebnis der Besprechungen, die General von Schleicher und von Papen am Montag geführt haben, muß es als nicht unwahrscheinlich gelten, daß es am morgigen Dienstag oder jedenfalls in wenigen Tagen gelingen wird, ein Uebergangskabinett unter der Führung des Generals von Schleicher zu bilden. Von Schleicher dürfte in seinen Besprechungen, bei denen er u. a. mit Leipart, Breitscheid, Gereke, Otte, Brauweiler, Prälat Kaas und anderen Persönlichkeiten der Volkspartei verhandelte, vor allem klar gestellt haben, welche Haltung die Parteien gegenüber einem von ihm geführten Uebergangskabinett einnehmen. Hierbei dürfte er weder grundsätzliche Zu- noch Absagen verlangt, sondern nur allgemein die Stimmung festgestellt haben. In seinen Besprechungen mit Breitscheid hat sich ergeben, daß die S.P.D. grundsätzlich zu einem Kabinett Schleicher in Opposition steht, während sowohl Zentrum als auch Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei nicht abgeneigt sein dürften, ein Kabinett Schleicher zu tolerieren. Eine Besprechung Schleicher-Hugenberg hat nicht stattgefunden, ebensowenig, wie Hugenberg mit Herrn von Papen verhandelt hat.

Das Zustandekommen eines Uebergangskabinetts von Schleicher hängt also nur noch von den Verhandlungen mit der N.S.D.A.P. ab. Da Strasser und Frick voraussichtlich bereits im Laufe des morgigen Dienstag in Berlin eintreffen werden, darf man annehmen, daß bald eine Unterredung zwischen diesen beiden Herren und von Schleicher stattfinden wird. In politischen Kreisen glaubt man, daß eine Verständigung zwischen von Schleicher und der N.S.D.A.P. nicht ausgeschlossen ist, wenn von vornherein klargestellt wird, daß das Kabinett nur ein Uebergangskabinett für ganz kurze Zeit ist. Wenn dies eindeutig festgelegt wird und von Schleicher auch noch auf den Teil der sozialpolitischen Maßnahmen und der Verfassungsreform verzichtet, die von den Parteien bekämpft wurden, die sich nunmehr zu einer befristeten Tolerierung des Uebergangskabinetts bereit erklären, kann das Kabinett von Schleicher als gesichert gelten.

Bezeichnend für den Optimismus, mit dem man die Bemühungen von Schleichers in Berlin verfolgt, ist, daß auch bereits die Kabinettsliste von Schleichers in den Blättern besprochen wird. So nimmt man an, daß von Schleicher als Reichskanzler auch das Wehrministerium zu behalten wünscht, um jederzeit in die Bendlerstraße zurückkehren zu können. Weiter, daß er das Innenministerium, falls es ihm nicht gelingt, hierfür einen nationalsozialistischen Vertrauensmann zu gewinnen, Dr. Bracht überträgt, daß das Landwirtschaftsministerium von Herrn von Knebel-Döberitz übernommen wird und daß endlich Wirtschaft und Arbeit von Landrat a. D. Dr. Gereke übernommen werden. Die letzte Kombination wird allerdings nicht ganz ernst genommen, wie es sich bei den genannten Besetzungen der Ministerien überhaupt vorläufig um Vermutungen handeln dürfte, die allerdings ein gewisses Maß von Wahrscheinlichkeit für sich haben. Genannt ist für das Arbeitsministerium auch Stegerwald; doch scheint das Zentrum eine Entsendung eines Parteimitgliedes in das Kabinett von Schleicher davon abhängig machen zu wollen, daß auch die N.S.D.A.P. offiziell einen Mann in das Kabinett von Schleicher entsendet. Von den bisherigen Ministern würden dann also Herr von Neurath (Außen), Schwerin von Krosigk (Finanzen) und Eltz von Rübenach (Post und Verkehr) bleiben.

Die letzte Entscheidung liegt jedoch in allen diesen Fragen beim Reichspräsidenten, so daß es durchaus noch möglich ist, daß von Papen doch noch einmal vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt wird — vorausgesetzt, daß von Papen hierzu bereit ist.

*

Unterredung von Schleicher-Kaas

T.U. **Berlin,** 28. Nov. Der Reichswehrminister von Schleicher hatte am Montag eine Unterredung mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Prälaten Kaas. Die Unterredung dauerte über zwei Stunden. Ergebnis und Inhalt wurden für streng vertraulich erklärt. Wie jedoch aus Zentrumskreisen verlautet, hat der General von Schleicher in der Unterredung über Art und Umfang des ihm vom Reichspräsidenten zuteil gewordenen Auftrages berichtet. In der Unterredung wurde hierauf die Stellungnahme des Zentrums zu diesem Auftrag erörtert. Wie es heißt, ist der Gesamteindruck beim Zentrum günstig und es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß auf der Grundlage dieses Auftrages eine Verständigung zu erreichen sei. Als Begründung hierfür wird angeführt, daß die gesamte Lage neuerdings auch bei der Linken nüchterner als bisher beurteilt werde. Auch sei den Gewerkschaften ein starkes Entgegenkommen hinsichtlich der Sozialpolitischen und lohnpolitischen Notverordnungen, zum Teil sogar auch ihre Aufhebung zugesagt worden. Jedoch rechnet man in Zentrumskreisen damit, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen werden, eventuell bis zum Zusammentritt des Reichstages, d. h. bis zum 6. Dezember. General von Schleicher beabsichtige jedenfalls, nichts zu übereilen und die Verhandlungen in Ruhe zu führen.

Die „Kölnische Volkszeitung" und eine Reihe anderer Zeitungen verzeichnen im Zusammenhang mit der politischen Lage in Berlin die bekannte deutschnationale Forderung auf Zusammenlegung der vier wirtschaftlichen Ministerien zu einem Krisenministerium. Alle hieran geknüpften Betrachtungen und Behauptungen, wonach der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg die Bewilligung dieser Forderung zur Voraussetzung für die Unterstützung des kommenden Kabinetts gemacht habe, sind, wie die Telegraphen-Union erfährt, in das Reich der Kombinationen zu verweisen.

*

Die Besprechungen von Schleichers

T.U. **Berlin,** 29. Nov. Die Aussichten für eine „Schleicher-Lösung" sind nach der „D.A.Z." wieder langsam im Steigen begriffen, nachdem sie zeitweise bereits rückgängig bewertet worden seien. Heute (Dienstag) abend werde ein gemeinsamer Empfang des Reichskanzlers von Papen, des Reichswehrministers von Schleicher und des Staatssekretärs Meißner beim Reichspräsidenten stattfinden. Er solle die Grundlagen für die Entscheidung Hindenburgs bringen. Nach der „D.A.Z." wird als Nachfolger des Reichsarbeitsministers Schäffer der Schlichter für Berlin, Brahn, genannt. Das Reichswehrministerium werde in einem Kabinett Schleicher vermutlich kommissarisch durch den Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, verwaltet werden.

Die „Vossische Zeitung" erfährt, daß Reichswehrminister von Schleicher heute den Besuch Gregor Strassers erwartet. Das werde wohl die ausschlaggebende Unterredung sein, nach der sich Reichswehrminister von Schleicher ein genaues Bild davon werde machen können, ob eine Art politisches Moratorium für die Wintermonate erreichbar sei oder nicht.

Der „Tag" weist darauf hin, daß die personelle Zusammensetzung des neuen Kabinetts natürlich auch ihren Einfluß auf die Haltung der einzelnen Reichstagfraktionen ausüben werde, insbesondere dann, wenn etwa der kommende Reichskanzler durch die auch von den Deutschnationalen geforderte Neubesetzung des Kabinett auf mehreren Posten einen grundsätzlichen Wandel in der Politik des Reichskabinetts zum Ausdruck bringen sollte, sei es auf politischem, sei es auf wirtschaftlichem Gebiet. Es müssen Experimente vermieden werden. Die Gerüchte von einer Aufnahme von Dr. Gereke und von Knebel-Döberitz in das neue Kabinett machten es notwendig, diese Forderung energisch zu unterstreichen.

Der „Lokalanzeiger" beschäftigt sich mit den Maßnahmen, die für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen ergriffen werden könnten, und schreibt: Die Maßnahmen für den Fall eines Scheiterns aller Verhandlungen könnten in einer Auflösung des Reichstages mit fristgemäßen Neuwahlen oder in Maßnahmen des Reichspräsidenten bestehen, bei denen ein Staatsnotstand in Anspruch genommen werde. Es könne sich dann theoretisch um die Hinausschiebung von Neuwahlen nach einer Auflösung des Reichstages oder auch um den Versuch handeln, den Reichstag durch Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung für eine bestimmte Frist zu vertagen, jedoch mit der Zusicherung, daß der auswärtige Ausschuß des Reichstages und der Ueberwachungsausschuß ihre Beratungen fortsetzen können und die Regierung in voller Anwendung der Bestimmungen der Verfassung sich nach Ablauf der Frist dem am 6. November gewählten Reichstag zur Verfügung stellt.

Die „Germania" hält es für möglich, daß die Besprechungen mit den Nationalsozialisten nicht schon heute oder morgen zu einem endgültigen Abschluß führen, und sagt, es wäre auch nicht gut, wenn dieser neue und sehr ernsthafte Versuch, verhängnisvolle Konflikte zu vermeiden, überstürzt werden würde. Die gegenwärtige Lage sei so ernst und die Konsequenzen, die sich aus ihr ergeben können, seien so gefährlich, daß mit Geduld und Zähigkeit auch die allerletzten Möglichkeiten ausgeschöpft werden müßten, um das deutsche Volk ohne neue absehbare Konflikte über den Winter zu bringen.

Der „Vorwärts" stellt fest, daß General von Schleicher von vornherein nicht mit einer Duldung durch die Sozialdemokraten habe rechnen können. Sie blieben in der Opposition. Der „Vorwärts" vertritt weiter die Auffassung, daß von Schleicher mehr Hoffnung hegen könne, als Herr von Papen, und weist dabei besonders auf die Preußenbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum hin.

*

Die „Kölnische Volkszeitung" zu den Bemühungen Schleichers.

T.U. **Köln,** 28. Nov. Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt zu den Bemühungen Schleichers um einen Tolerierungsplan u. a.: Selbst wenn sich keine positiven Zusagen aller Parteiführer ergeben sollten, müßte der Weg bis zum Ende durchgeführt werden. Dazu würde gehören, daß das neue Kabinett mit seinem Programm vor den Reichstag trete. Es würde unter allen Umständen eine andere Position vorfinden als die Regierung Papen, und ein gut fundiertes Wirtschaftsprogramm könnte viel größere propagandistische Wirkungen haben, als es schon jetzt vorauszusehen ist. Die Lösung Schleicher und ein Tolerierungspakt mit dem Reichstag ist gewiß alles andere als ideal, sie ist aber besser als eine Konfliktpolitik, die mit dem Wiedererscheinen Papens ihre verhängnisvolle Fortsetzung finden müßte.

Kölner Blätter zum Wahlausgang in Eupen-Malmedy.

T.U. **Köln,** 28. Nov. Die „Kölnische Zeitung" schreibt zu dem Ausgang der Wahlen in Eupen-Malmedy u. a.: Das vorläufige Ergebnis der belgischen Wahlen in den ehemals deutschen Kantonen Eupen-Malmedy und St. Vith habe einen unanfechtbaren Sieg des deutschen Volkstums erbracht. Die deutsche Dreiviertelmehrheit liefere erneut den Beweis, daß eine freie unbeeinflußte Volksabstimmung, wie sie ursprünglich im Versailler Vertrag vorgesehen war, mit überwältigender Mehrheit bestimmen würde, daß Eupen-Malmedy-St. Vith ins Reich heimzukehren wünsche. Ueber Eupen-Malmedy seien die Akten noch nicht geschlossen.

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt zu dem Wahlergebnis: Der Heimatgedanke habe trotz ungeheurer Schwierigkeiten und Widerstände abermals gesiegt. Von neuem habe sich gezeigt, daß die ganze überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich als „Belgier wider Willen" fühle.

Riesenbrand auf dem Broadway

T.U. **New-York,** 28. Nov. Im Vergnügungszentrum New-Yorks war am Montag ein Riesenbrand ausgebrochen, der den gesamten Verkehr auf dem belebten Broadway zum Stillstand brachte. Das Feuer war in einem von Russen geleiteten Nachtklub entstanden und nahm bald Riesenausmaße an. Zur Bekämpfung des Großfeuers waren mehrere Feuerwehren New-Yorks aufgeboten worden, die aber nicht verhindern konnten, daß die Gaststätte vollkommen ausbrannte. Starke Rauchschwaden zogen sich den Broadway entlang, so daß ein Verkehr nicht mehr möglich war. Durch den Qualm wurden nicht weniger als 30 Personen u. Feuerwehrleute betäubt u. mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Sachschaden beläuft sich auf 35 000 Dollar.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[28

Mit äußerster Energie zwang er sich, aufzustehen und ins Büro zu fahren, denn die beiden wichtigen Termine, die an diesem Tage angesetzt waren, wollte er unter allen Umständen selber wahrnehmen. — Aber dann war es auch mit seiner Kraft zu Ende. Als er, ins Büro zurückgekehrt, Edith Bernheim noch ein paar Schriftsätze diktieren wollte, fühlte er einen heftigen Schüttelfrost durch seine Glieder gehen, schwarze Schatten schienen sich über das Zimmer zu legen, so daß er sich taumelnd an dem Schreibtisch festhalten mußte.

Edith sah auf, als Weltner mitten im Satz aufhörte. Sie sah mit Schrecken, daß Weltners Gesicht ganz fahl geworden war.

„Um Gottes willen, Herr Rechtsanwalt!" Sie sprang so hastig auf, daß Stenogrammheft und Bleistift herunterfielen, und stützte den schwankenden Mann. „Was ist Ihnen denn?"

Mit einer Kraft, die man dem schmächtigen, kindlichen Körper der jungen Frau niemals zugetraut, führte sie Weltner zu einem Sessel. Dann holte sie schnell, ohne viel zu sprechen, von dem kleinen Seitentisch die Karaffe mit dem Wasser, goß ein Glas davon ein und hielt es Weltner an die Lippen. Weltner trank durstig, aber dann überfiel ihn ein neuer Kälteschauer, und die Zähne klirrten an das Glas. Mühsam sagte er:

„Beunruhigen Sie sich nicht, das scheint nur eine kleine Unpäßlichkeit zu sein, die bald wieder vorübergehen wird."

Und als er ihr besorgtes Gesicht sah, versuchte er zu scherzen:

„Sehen Sie wohl, nun hatte ich Furcht, daß Sie sich erkälten könnten, statt dessen hat es mich gepackt. Aber ich werde dieser Grippe nicht den Gefallen tun, krank zu werden. Wenn man sich nicht darum kümmert, geht sie am besten vorüber."

Er konnte nicht weitersprechen, ein neuer Kälteschauer ließ ihn zusammenzucken.

Da sagte Edith Bernheim mit einer ungeahnten Energie:

„Verzeihen Sie, Herr Rechtsanwalt, so geht das nicht. Sie sind kränker als Sie zugeben. Sie müssen unbedingt nach Hause und sich Ruhe gönnen, sonst verschleppen Sie die Krankheit und sind noch viel länger an der Arbeit gehindert. Gestatten Sie mir, daß ich Ihren Wagen herbestellen lasse."

Weltner wollte etwas erwidern, aber Edith Bernheim machte nur eine bittende Bewegung und ging schnell hinaus.

Weltner hatte auch nicht die Kraft mehr, sie zurückzurufen — wirklich, er fühlte sich sehr schlecht. Und es tat beinah wohl, daß ihm jetzt die Bestimmung über sich selbst abgenommen war.

Edith war inzwischen in das Büro gegangen und hatte die Wohnung des Anwalts angerufen. Gleich darauf eilte sie wieder in das Privatbüro zurück, denn von dort ertönte die Klingel. Weltner empfing Edith mit den Worten:

„Sie sind ja sehr energisch, Frau Bernheim; aber ich füge mich. Ich sehe ein, daß ich heute doch nichts schaffen werde. Machen Sie, bitte, die Schriftsätze, die wir skizziert haben, soweit fertig, wie Sie es können. Sie erhalten heute Nachricht, ob ich vielleicht abends schon imstande bin, weiter mit Ihnen zu arbeiten. Und nun, bitte, rufen Sie mir meinen Sozius, damit ich das Nötigste mit ihm besprechen kann."

Als nach einer halben Stunde Weltners Chauffeur meldete, daß der Wagen unten bereitstehe, hatte der junge Rechtsanwalt mit Assessor Stein sowie dem Bürovorsteher die dringendsten Geschäfte durchgesprochen. — Bald darauf fuhr er seinem Heim entgegen.

Inzwischen bemühte sich Edith Bernheim, die Stichworte, die Weltner ihr diktiert, in eine richtige und ausführlichere Fassung zu bringen. Aber die Arbeit ging ihr heute nicht so von der Hand wie sonst. Sie mußte ihre Gedanken energisch zur Konzentration zwingen, denn immer wieder schweiften sie ab und gingen in banger Sorge zu dem heimlich geliebten Manne.

* * *

Als Weltner zu Hause anlangte, empfing ihn Ina schon an der Korridortür. Ihr Gesicht drückte große Besorgnis aus, und sie sagte mit bebender Stimme:

„Du glaubst nicht, Robert, wie ich mich erschreckt habe, als ich die telephonische Nachricht von deiner Erkrankung bekam. Sicherlich hast du dich gestern abend erkältet. Nun komm, ich habe schon alles für dich im Schlafzimmer zurechtmachen lassen, damit du dich gleich hinlegen kannst. Auch der Hausarzt ist benachrichtigt."

Sie faßte nach Weltners Hand und strich leise darüber hin: „Du scheinst ja ein ordentliches Fieber zu haben, du Aermster."

„Ach, laß doch, Ina", wehrte Rechtsanwalt Weltner verlegen ab. Es war ihm beinah peinlich, daß man wegen einer solch kleinen Grippe soviel Aufhebens machte. Aber dennoch tat ihm die Besorgnis, die Ina so offen zeigte, wohl. So nickte er ihr freundlich zu, als sie ihn an der Tür seines Schlafzimmers verlassen wollte.

„Einen Augenblick noch, Ina!" sagte er. „Wenn Ralphi aus der Schule kommt, daß er sich nur nicht erschreckt, wenn er mich zu so ungewohnter Zeit daheimfindet. Er ist seit dem Tode seiner Mutter immer so verängstigt, wenn irgend jemand krank ist. Er glaubt immer, daß einem etwas geschehen könnte."

Ein eigentümlicher Ausdruck kam in Inas Augen; aber schon sagte sie sanft:

„Beunruhige dich nicht, lieber Robert. Sowie ich den Arzt abgewartet habe und sofern ich dich ohne Sorge allein lassen kann, werde ich Ralphi selber von der Schule abholen und ihm erzählen, daß er sich nicht zu sorgen braucht."

(Fortsetzung folgt.)